

SOZIALVERBAND

VdK

HESSEN-THÜRINGEN



Sozialpolitischer Forderungskatalog des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen

An die Landesregierungen und
Landtage in Hessen und Thüringen

23. Ordentlicher
Landesverbandstag
6.–7. Juli 2023



SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG
NUR ZUSAMMEN SIND WIR STARK

Armut

Sowohl in Thüringen als auch in Hessen liegt die Armutsquote über dem Bundesdurchschnitt von 16,6 Prozent. Die betroffenen Bürger und Bürgerinnen wissen oft Monat für Monat nicht, wie sie das Geld für Miete, Lebensmittel und sonstigen Bedarf aufbringen sollen. Hinzu kommt, dass Armut zu Ausgrenzung vom sozialen Leben führt. Dem Armutsbericht 2022 des Wohlfahrtsverbands Der Paritätische zufolge sind auch immer mehr Erwerbstätige von Armut betroffen. Insbesondere armutsgefährdet sind dem Bericht zufolge außerdem viele Selbstständige, die während der Pandemie finanzielle Einbußen erlitten haben. Ihr Anteil stieg im Vergleich zum Vorjahr von 9 auf 13,1 Prozent. Laut dem Paritätischen hat auch die Quote armer Rentnerinnen und Rentner (17,4 Prozent) sowie armer Kinder und Jugendlicher (20,8 Prozent) einen Höchststand erreicht.

Hessen: In Hessen ist die Armutsgefährdungsquote zwischen 2011 und 2021 dramatisch gestiegen, und zwar nach Angaben des Statistischen Bundesamts gemessen am Bundesmedian um 5,5 Prozent von 12,8 Prozent auf 18,3 Prozent. Damit lag Hessen 2021 deutlich über dem Bundesdurchschnitt (2021: 16,6 Prozent). Einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zufolge zählten 2020 mehr als 15 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Hessen zu den sogenannten Geringverdienern. Eine wissenschaftliche Untersuchung des oder eine Erklärung für den sprunghaften Anstieg der Zahl armutsgefährdeter Menschen in Hessen gibt es nicht. Die vorgelegten Landesozialberichte führen anhand der erhobenen Daten lediglich Befunde auf, lassen jedoch Analysen oder politische Handlungsempfehlungen vermissen.

Thüringen: In Thüringen stieg die Armutsgefährdungsquote dem Statistischen Bundesamt zufolge zwischen 2011 und 2021 um 2,2 Prozent von 16,7 auf 18,9 Prozent. Dass die Quote im Freistaat in dem Zeitraum zwar nicht massiv kletterte, aber auf hohem Niveau verharrte, ist ein Zeichen für die Verfestigung von Armut. Daten des WSI der Hans-Böckler-Stiftung legen offen, dass im Jahr 2020 jeder dritte Vollzeitbeschäftigte im Freistaat weniger als 2.300 Euro brutto im Monat verdiente und damit zu den Geringverdienern zählte.

Der VdK Hessen-Thüringen fordert daher:

- **Sozialberichterstattung verbessern:** Landesozialberichte sind wichtige sozialpolitische Steuerungs- und Planungsinstrumente. Es kommt jedoch entscheidend darauf an, dass sie nicht in Form einer Datensammlung Zahlen erheben und Statistiken aufstellen, sondern handlungsorientiert ausgerichtet sind. Die hessische Sozialberichterstattung hat sich zwar weiterentwickelt, dennoch ist eine wesentlich stärkere Handlungsorientierung erforderlich, um daraus Maßnahmen für die sozialpolitische Praxis ableiten zu können. Die derzeitige Landesozialberichterstattung erstreckt sich in der Regel über einen Zeitraum von mehreren Jahren und muss mit dem Ministerium für Soziales und Integration abgestimmt werden. Sinnvoll ist stattdessen eine flexible Sozialberichterstattung mit einem kontinuierlichen Monitoring, das jährlich oder halbjährlich Schwerpunktthemen auswertet und verbindliche Handlungsempfehlungen formuliert. Aus Sicht vieler Akteure ist die aktuelle Berichterstattung für die politische Diskussion und insbesondere für sich daraus

ergebende politische Maßnahmen kaum relevant. Die Auswertung muss einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sein und darf nicht durch Umfang, Zahlenkolonnen und eine schwer verständliche Darstellung komplexer Sachverhalte lediglich einem kleinen Fachgremium dienen. Sie sollte Themen klar benennen, darlegen und durch konkrete Lösungsvorschläge auf die Entwicklungen in Hessen Einfluss nehmen.

Die Thüringer Sozialberichterstattung – der Thüringer Sozialstrukturatlas – ist wesentlich handlungsorientierter ausgerichtet. Nach dem Vorbild der Sozialberichterstattung in Nordrhein-Westfalen sollte die Datenbasis in beiden Bundesländern durch ein kleinteiligeres Sozialmonitoring verbessert werden. Dies bietet die Chance, mögliche Bedarfe, Entwicklungen und Trends auch innerhalb von Gemeinden, Landkreisen und Städten besser zu identifizieren, zielgenau zu planen und geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Thüringen sollte seine integrierte Sozialplanung weiter konsequent vorantreiben.

- **Tarifbindung stärken und Niedriglohnsektor eindämmen:** Nur noch rund die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland arbeitet in einem Betrieb mit Tarifbindung. Im Jahr 2021 arbeiteten 42,7 Prozent (2020: 42,8 Prozent) der Beschäftigten zu den Bedingungen eines Branchentarifvertrages und 9,4 Prozent (2020: 8,2 Prozent) zu den Bedingungen eines Haustarifvertrages. Der VdK setzt sich im Sinne fairer Arbeitsentgelte dafür ein, die Tarifbindung zu stärken und den Niedriglohnsektor einzudämmen.
- **Maßnahmenpakete gegen Armut:** In Hessen und Thüringen bedarf es umfassender Aktionspläne und Maßnahmenpakete zur Bekämpfung von Armut. Dabei müssen die Lebenslagen von Armut und Ausgrenzung bedrohter oder betroffener Menschen in ihrer Komplexität sowie die Faktoren wahrgenommen werden, die diese Situation verursachen und in Teilen strukturell bedingt sind. So müssen unter anderem bezahlbarer und bedarfsgerechter Wohnraum, kostenlose Kinderbetreuungsangebote, chancengerechte Bildungs- und Förderangebote sowie verbesserte Teilhabeangebote für Menschen in prekären Lebenslagen geschaffen werden. Zu den wichtigen Maßnahmen gegen Armut und Ausgrenzung zählen zudem der Ausbau der kommunalen Infrastruktur (Bibliotheken, Schwimmbäder, Kulturzentren), ein bezahlbarer und barrierefreier ÖPNV sowie Unterstützung bei Energieberatung und -kosten. Augenmerk ist vor allem auf die Belange von Alleinerziehenden zu richten, für die es ein vielfältiges Maßnahmenbündel sowie passgenaue Unterstützungsangebote geben muss, insbesondere bezahlbare Wohnungen und Kinderbetreuung. Die Landesregierungen sind aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine schnelle Umsetzung der Kindergrundsicherung, eine Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro, gerechte und sichere Renten sowie ein auskömmliches Bürgergeld einzusetzen. Zudem plädiert der VdK für eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Medikamente und faire Preise für gesunde Lebensmittel.
- **Tafeln finanziell besser unterstützen:** In Hessen gibt es 58 und in Thüringen 32 Tafeln. Auf ihre Hilfe sind wegen der stark steigenden Lebenshaltungskosten vor allem in den Bereichen Lebensmittel und Energie infolge der Inflation und des Ukraine-Kriegs immer mehr Menschen angewiesen. Zugleich haben auch die Tafeln mit den steigenden Energiepreisen und zeitgleich zurückgehenden Lebensmittelspenden zu kämpfen. Die verstärkte Inanspruchnahme der Unterstützungsangebote der Tafeln kann ohne langfristige

finanzielle Unterstützung der Länder nicht bewältigt werden. Die Tafeln in Hessen und Thüringen sollten daher durch die Landesregierungen dauerhaft finanziell gefördert werden. Außerdem sind nach dem Vorbild Frankreichs Möglichkeiten einer Verpflichtung von Supermärkten zu prüfen, Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen zu spenden.

- **Ausbau und Bündelung von Beratungsangeboten:** Zunächst durch die Corona-Krise, dann aufgrund hoher Inflation und steigender Energiekosten benötigen immer mehr Menschen erstmalig staatliche Leistungen wie Wohngeld, den Kinderzuschlag oder Leistungen nach SGB II oder XII. Allerdings können viele Bedürftige die komplexe Antragstellung ohne Hilfe nicht bewältigen und benötigen gebündelte Unterstützung. Ein gutes Beispiel dafür bildet das Projekt „Familienleistung vor Ort“ in Wiesbaden, wo sich Familien umfassend über mögliche Ansprüche beraten lassen können. Angebote dieser Art müssen ausgebaut werden, um schnelle Hilfe für die Betroffenen sicherzustellen. Außerdem sollten Unterstützungsangebote für bedürftige Bürgerinnen und Bürger noch stärker präventiv ausgerichtet sein.
- **Bessere Unterstützung für Schuldnerberatung:** Immer mehr Menschen können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen und geraten in finanzielle Schieflage. Die Schuldnerberatungsstellen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen geben an, dass das Beratungsaufkommen zwischen 2019 und 2021 durchschnittlich um 32,5 Prozent gestiegen ist. Um dem zunehmenden Bedarf gerecht werden zu können, müssen die Beratungsstellen mit kommunalisierten Mitteln dauerhaft personell aufgestockt werden.

